



Betonbürokratie hat Geld wie Heu

Wir lesen es jeden Tag in der Zeitung: Bund, Länder und Kommunen fehlt das Geld für das Allernötigste. Universitäts- und Schulbauten zerfallen, für Kinderbetreuung und Unterrichtsversorgung fehlen die Mittel, Wachstum gibt es vor allem bei den Schuldenbergen. Ganz Deutschland ist von der Finanznot besetzt.

Ganz Deutschland? Nein, eine unbeugsame Behörde leistet eisernen Widerstand. Die Straßenbauer im Regierungspräsidium haben immer noch Geld wie Heu und zwingen Kommunen dazu, Straßen zu verbreitern, die niemand braucht und niemand will.

Vor zwei Jahren ist mir ein solcher Fall bereits in Möhringen bei Tuttlingen begegnet. Gegen den entschiedenen Widerstand des Dorfes soll eine Kreisstraße durch ein idyllisches Tal ausgebaut und fast zwei Meter verbreitert werden. Damit entstünde ein attraktiver Zubringer zur A 81, der den Verkehr direkt in die Ortschaft lenkt.

Jetzt gibt es ein neues Beispiel im Kreis Tübingen. Zwischen Sulzau und Bierlingen, zwei Teilorten von Starzach, soll ein Verbindungssträßlein für sage und schreibe 1,35 Millionen Euro auf 4,75 Meter Breite ausgebaut werden. Die Straße ist marode, die Gemeinde müsste die Sanierung alleine bezahlen. Wenn die Straße aber gleich neu gebaut und verbreitert wird, zahlt das Land über 75 Prozent der Kosten. Das kommt die Gemeindekasse dann langfristig billiger als die Sanierung des Sträßles. Folglich stimmte der Gemeinderat zu.

Für den Steuerzahler sieht die Rechnung anders aus. Statt 200 000 Euro für eine Reparatur oder 400 000 Euro für eine grundlegende Sanierung kostet ihn der Ausbau der Straße 1,35 Millionen Euro. Die Verbreiterung nimmt Boden und Natur in Anspruch, der Nutzen ist gleich Null. Denn die Fortsetzung der Straße in Sulzau ist so eng, dass die Rennpiste in der freien Landschaft höchstens für mehr Verkehrsunfälle gut ist.

Das Beste an dieser Posse: Täglich werden auf der Straße derzeit 120 Fahrzeuge gezählt. Würde man die Kosten für den Ausbau der Straße auf die Benutzer umlegen, wäre für eine Fahrt von Sulzau nach Bierlingen eine Maut von mindestens drei Euro fällig. Ich halte das für ein klassisches Beispiel verselbstständigter Bürokratie ohne jeden Bezug zu den Realitäten und Notwendigkeiten unserer Zeit.

Ich werde deshalb in dieser Sache direkt an den Ministerpräsidenten herantreten. Die knappen Finanzmittel des Landes dürfen nicht für solchen Unsinn verbraten werden. Entweder akzeptiert das Regierungspräsidium eine Sanierung in der bisherigen Breite und zahlt dafür einen Zuschuss, oder das Sträßle wird zum Landwirtschaftsweg herunter gestuft. Mit dem eingesparten Geld könnten die Planungen für die RegioStadtbahn in der ganzen Region bis zur Entscheidungsreife vorangebracht werden. Ein Ziel, das mittlerweile sogar das Verkehrsministerium unterstützt. Ich lasse Sie wissen, was Erwin Teufel mir antwortet.

Boris Palmer

Grünen-Landtagsabgeordneter